



Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB)

<i>Einbringer/in</i> Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	<i>Datum</i> 17.02.2026
---	----------------------------

<i>geplante Beratungsfolge</i> Bürgerschaft (BS)	<i>geplantes Sitzungsdatum</i> 02.03.2026	<i>Beratung</i> Ö
---	--	----------------------

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten folgende Punkte zum Wohnraum für Auszubildende auf dem Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu prüfen:

(1) Ob und in welcher Form im Zuge des Neubaus des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie der geplanten Erweiterung der Ausbildungsbereiche zusätzlicher, bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende in Greifswald geschaffen oder vermittelt werden kann.

(2) Welche Kooperationsmöglichkeiten mit Ausbildungsbetrieben durch Wohnungsunternehmen (insbesondere kommunalen, genossenschaftlichen und privaten) sowie Bildungseinrichtungen bestehen, um Wohnraum gezielt für Auszubildende bereitzustellen (z.B. Kontingentvereinbarungen, Belegungsrechte, zweckgebundene Nutzung oder befristete Wohnmodelle).

(3) Welchen Beitrag bestehende Beherbergungs- und Übergangswohnangebote (z.B. Hotels, Boardinghäuser, Wohnheime, Jugendwohnen) zur kurz- und mittelfristigen Unterbringung von Auszubildenden leisten können und ob hierfür geeignete Kooperations- oder Rahmenvereinbarungen (z.B. Kontingente, Sonderkonditionen) getroffen werden können.

(4) Welcher aktuelle und perspektivische Bedarf an Wohnraum für Auszubildende in Greifswald besteht, insbesondere wie viele Auszubildende derzeit einen Wohnraumbedarf in der UHGW haben und wie sich dieser Bedarf voraussichtlich nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Regionalen Beruflichen Bildungszentrums entwickeln wird. Hierzu soll eine strukturierte Abfrage bei den Ausbildungsbetrieben in der UHGW durchgeführt werden, um den konkreten Bedarf an Wohnraum für deren Auszubildende zu ermitteln (z.B. Anzahl der Auszubildenden mit auswärtigem Wohnsitz, erwartete Kohorten in den kommenden Jahren, Bedarf an kurzzeitigen Unterkünften für Blockunterricht und Anteil der Auszubildenden, welche Berufsausbildungsbeihilfe erhalten).

Die Ergebnisse der Prüfung sind der Bürgerschaft in einer schriftlichen Vorlage darzustellen und – soweit möglich – mit konkreten Handlungsvorschlägen und Prioritäten (inklusive möglicher Kooperationspartner, Förderprogramme und zeitlicher Umsetzungsschritte) zu untersetzen.

Sachdarstellung

Im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums in Greifswald bietet sich die Chance, das Thema Wohnen für Auszubildende von Beginn an mitzudenken und strukturiert anzugehen.

Viele junge Menschen finden derzeit keinen bezahlbaren Wohnraum in Greifswald und der Region. Dies erschwert die Aufnahme und den erfolgreichen Abschluss einer dualen Ausbildung erheblich und verschärft zugleich den bestehenden Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen. Gerade Auszubildende verfügen häufig nur über begrenzte finanzielle Mittel und konkurrieren auf einem angespannten Wohnungsmarkt mit Studierenden, Berufstätigen und anderen Wohnungssuchenden.

Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende ist daher ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Region, ein Faktor zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und ein Baustein zur sozialen Integration junger Menschen in Greifswald und Umgebung.

Mit dem Neubau des beruflichen Bildungszentrums und der geplanten Erweiterung der Ausbildungsbereiche ist perspektivisch von einem wachsenden Bedarf an Wohnraum für Auszubildende auszugehen – sowohl für diejenigen, die dauerhaft in Greifswald wohnen möchten, als auch für Auszubildende, die für Blockunterricht oder Praktika zeitweise in der Stadt untergebracht werden müssen.

Gerade für letztere Gruppe stellt sich die Frage: „Wo kann man für zwei Wochen unterkommen?“ Hier bieten sich Kooperationen mit Hotels, Boardinghouses, Wohnheimen und vergleichbaren Anbietern (z.B. Vario-Hotel) an, um kontingentierte, preislich gedeckelten Wohnraum für Auszubildende zu sichern. Zugleich erscheint es sinnvoll, gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben (Abfrage von Bedarfen und Kontingenten, Mitfinanzierung oder Beteiligung an Modellen des Azubi-Wohnens), Wohnungsunternehmen (z.B. kommunale, genossenschaftliche und private Anbieter)

sowie den Bildungseinrichtungen (Berufsschule, Kammern, ggf. Universität und Hochschulen) nach tragfähigen Kooperationsmodellen zu suchen. Ziel ist es, sowohl dauerhafte Wohnangebote (z.B. Azubi-Wohnheime, Wohngemeinschaften, kontingentierte Wohnungen) als auch flexible, befristete Unterkünfte zu ermöglichen. Eine systematische Erhebung, wie viele Auszubildende derzeit Wohnraum in Greifswald benötigen und wie sich der Bedarf mit der Fertigstellung des neuen beruflichen Zentrums voraussichtlich entwickeln wird, ist Grundvoraussetzung für passgenaue Maßnahmen der Stadt und ihrer Partner.

In dieser Version wurden die finanziellen Auswirkungen angepasst.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja

☒ Nein

Finanzielle Auswirkungen in Folgejahren

☐ Ja

☒ Nein

Prüfauftrag an die Verwaltung

☒ Ja

☐ Nein

Voraussichtliche Inanspruchnahme von Ressourcen

☒ Ja ☐ Nein	Personeller Aufwand (h)	100	Personalkosten (EUR)	7.893,00
☐ Ja ☒ Nein	Fremdvergabe (Art)		Kosten Fremdvergabe (EUR)	
☐ Ja ☒ Nein	Sonstiges (Art)		Sonstige Kosten (EUR)	

Auswirkungen auf den Klimaschutz

Ja, positiv	Ja, negativ	Nein
		x

Begründung:

Anlage/n

Keine